



Thomas Posovatz
Sprecher des Vorstands
der

mwb fairtrade Wertpapierhandelsbank AG

Ausführungen in der Hauptversammlung
am 09. August 2011
in München

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre, liebe Gäste unserer Hauptversammlung,

sehr gerne hätte ich Sie heute mit Zuversicht und optimistischen Worten zur diesjährigen Hauptversammlung begrüßt. Ich wollte Ihnen einen positiven Rückblick auf das Geschäftsjahr 2010 geben. Ich wollte Ihnen darüber berichten, wie wir als Unternehmen nach einer zweijährigen Finanzkrise wieder an Stabilität gewonnen haben; davon, dass die Finanzmärkte sich einigermaßen beruhigt haben; dass unser 1. Halbjahr 2011 ordentlich gelaufen ist; dass die dominierende Farbe Grün in unserem Geschäftsbericht, den Sie vor sich liegen haben, durchaus als Symbol der Zuversicht zu verstehen ist.

Doch leider wird das nur einen kleinen Teil meiner heutigen Ausführungen ausmachen. Ich muss Ihnen stattdessen von staatlicher Regulierungswut berichten, die jedem Gedanken einer freien Marktwirtschaft widerspricht. Ich muss Ihnen erklären, warum ein „Sonderfonds für allgemeine Bankrisiken“ unser Ergebnis verdirbt. Und nicht zuletzt sind ein paar Worte nötig über eine Europäische Währungsunion außer Rand und Band, die vor unser aller Augen einen Tanz auf dem Vulkan vorführt.

Der Grund, mich diesen Themen zu widmen, liegt auf der Hand: Was derzeit passiert, hat langfristige Konsequenzen für uns alle. Als Privatleute, als Unternehmer, als Börsenmakler, als Kapitalanleger.

Ich begrüße Sie also zu einer Hauptversammlung mit Licht und Schatten. Während uns 2008 und 2009 die weltweite Finanzkrise mit voller Wucht getroffen hat, ist es jetzt eine Schuldenkrise, die für schlechte Stimmung an den Börsen sorgt. Und nicht wenige befürchten, dass dies der Einstieg zu einer neuerlichen Rezessionsphase ist. Wie konnte es dazu kommen?

Bleiben wir doch bei einem Sinnbild aus der Natur, das gut zur Bildwelt unseres Geschäftsberichts passt: Selbst der dümmste Bauer weiß, dass er nicht mehr ernten kann, als er gesät hat. Ein einfaches Naturgesetz, das in den letzten Dekaden einfach in Vergessenheit geraten ist. Nur so ist es zu erklären, was wir derzeit erleben.

Um im Bild des Bauern zu bleiben: Alle Industriestaaten haben im Grunde genommen Kredite aufgenommen auf die Ernte der nächsten vierzig bis fünfzig Jahre. In der Hoffnung, dass die Erträge jährlich ein paar Prozent üppiger ausfallen, um davon die Zinsen zahlen zu können. Das Problem ist nur: Der Boden ist trocken geworden, es regnet nicht und die Erntehelfer gehen langsam in Rente und erwarten eine üppige Pension. So vereinfacht dieses Bild klingen mag – sehen Sie nach Griechenland, das seit Jahrzehnten auf Pump lebt. Sehen Sie nach Deutschland, wo ein ausgeklügelter Länderfinanzausgleich dafür sorgt, dass Berlin, Brandenburg, Bremen oder das Saarland noch nicht pleite sind. Nichts anderes passiert dort.

Am bedrohlichsten ist aber der Blick nach Amerika. In den USA wurde in immer kürzeren Abständen im Kongress darüber gefeilscht, wie die Zahlungsunfähigkeit verhindert werden kann. Dies ist jetzt, zumindest vorübergehend gelungen.

Wohlgemerkt, wir reden hier über die mögliche Zahlungsunfähigkeit der größten Volkswirtschaft der Erde! Dagegen ist eine Krise in Griechenland, das weniger Einwohner hat als Bayern, geradezu ein lächerliches Problem.

Die Folge ist die totale Verunsicherung. Wenn selbst Boulevardmedien wie die Münchner Abendzeitung, die sich sonst nur am Rande mit Wirtschaft beschäftigt, mit der Schlagzeile aufmacht: „Wie rette ich jetzt mein Geld?“, dann ist offensichtlich etwas Einschneidendes passiert.

Der DAX bewegt sich seit Monaten seitwärts, sieht man einmal von dem dramatischen Absturz in der letzten Woche ab. Der private Konsum stockt. Börsengänge werden immer wieder verschoben. Anleger flüchten sich aus Wertpapieren in Gold und Immobilien. Die EZB erhöht den Leitzins wegen der drohenden Inflation. Ökonomen widersprechen sich öffentlich, welche Maßnahmen aus der Krise führen könnten. Die Politik – ohnehin nicht mit großem wirtschaftlichen Sachverstand gesegnet – reagiert kopflos und mit unbedachten Äußerungen. Schulden werden mit immer neuen Schulden beglichen, die nicht gedeckt sind.

Und mittendrin sitzen wir: die Wertpapierhandelsbanken in Deutschland. Diejenigen, die dafür sorgen, dass der Handel an den Börsen reibungslos funktioniert. Diejenigen, die für das Gedeihen und das Wachstum der Finanzzentren eine wichtige Rolle spielen. Aber statt uns in Ruhe unsere Arbeit machen zu lassen, werden wir auch noch gegängelt und geschöpft.

Und damit bin ich bei meinem Rückblick auf das Geschäftsjahr 2010. Wir hätten im vergangenen Jahr ein leicht positives Ergebnis erzielt, wenn es nicht eine staatlich verordnete Zwangsdotierung gegeben hätte. Dazu muss ich etwas weiter ausholen.

2010 wurde das sogenannte „Bilanzrechts-Modernisierungsgesetz“, kurz BilMoG genannt, verabschiedet. Hinter dem Wortungetüm verbirgt sich eine Vorsichtsmaßnahme der Regierung: Sie möchte die deutschen Banken durch die bilanzielle Bildung eines Sonderpostens dazu zwingen, weniger Kapital auszuschütten und dadurch die Eigenkapitalbasis zu stärken. Ziel ist es, in kommenden Krisenzeiten einen teuren Bankenrettungsschirm wie 2009 zu verhindern.

Das Prozedere funktioniert folgendermaßen: Jede Bank muss eine Art Rücklage bilden, den „Fonds für allgemeine Bankrisiken“. Er ist ergebnisabhängig, das heißt, die Höhe des Sonderpostens richtet sich nach dem durchschnittlich erwirtschafteten Handelsergebnis der letzten fünf Jahre.

Von diesem Durchschnittswert müssen nun innerhalb der kommenden fünf Jahre 50 Prozent in den „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ eingestellt werden. Das kann entweder in einer Summe oder in jährlichen mindestens 10-Prozent-Schritten erfolgen. Die Zuführung ist üblicherweise bei der Aufstellung des Jahresabschlusses zu bilden. Nach eingehender Prüfung haben wir uns im Vorstand entschlossen, die Zuführung in 10%-Schritten über fünf Jahre verteilt vorzunehmen. Und wir gehen im Rahmen einer „Best Practice“ noch weiter und weisen den Betrag bereits quartalsweise aus. Dadurch haben Sie, verehrte Aktionärinnen und Aktionäre, einen besseren Überblick über unsere tatsächliche Finanzsituation und werden nicht am Ende des Jahres überrascht.

Im Jahr 2010 betrug unsere Zuführung zum „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ rund 1,1 Millionen Euro. Dadurch entstand ein Jahresfehlbetrag von etwa einer Million Euro. Dieser Wert gibt den tatsächlichen Geschäftsverlauf aber in keinster Weise wieder. Vielmehr ist es uns gelungen, das Handelsergebnis gegenüber 2009 um acht Prozent zu steigern. Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit wäre ohne Zuführung zum Fonds um 103 Prozent gestiegen und der Jahresüberschuss um 27 Prozent. Das Ergebnis je Aktie hätte sich sogar um 105 Prozent verbessert!

Die genauen Zahlen – mit einem Vergleich vor und nach Zuführung zum Sonderfonds – sehen Sie auf dem Bild hinter mir.

Die wirtschaftliche Situation der mwb fairtrade AG hat sich im Jahr 2010 also deutlich stabilisiert. Dieser Trend setzte sich – soviel darf ich schon vorwegnehmen – in 2011 fort.

In unsicheren Zeiten ist ein solches Signal besonders wichtig. Es zeigt, dass wir während der Finanzkrise nicht den Kopf in den Sand gesteckt haben, sondern dass wir gehandelt haben. Die positiven Folgen zeigten sich 2010 in nahezu allen Unternehmensbereichen.

Erstens erreichte die Zahl der betreuten Skontren ein Rekordhoch. Zum 31.12.2010 betreute unsere Gesellschaft über 18.000 Wertpapier-Orderbücher. Das bedeutet, wir haben im harten Wettbewerb der Skontrofürer eine gute Ausgangsposition.

Die Streuung der Skontren haben wir gegenüber 2009 ebenfalls verbessert. Wir sind in allen relevanten Wertpapierklassen vertreten und nehmen im Bereich des Fondshandels eine führende Stellung ein.

Zweitens gab es 2010 die erwarteten messbaren Synergieeffekte aus der Fusion mit der FAIRTRADE FINANCE AG zwei Jahre zuvor. Auf der Kostenseite konnten wir unsere Ausgaben von 16,7 auf 15,4 Millionen Euro senken. Und das, obwohl der etwas lebhaftere Handel an den deutschen Börsen höhere Transaktionskosten mit sich brachte.

Drittens bleiben wir an den Regionalbörsen – vor allem in Hamburg und München – ein wichtiger Player. Das könnte insbesondere dann von Vorteil sein, wenn die Deutsche Börse mit der New York Stock Exchange fusioniert. Dann käme auf die Regionalbörsen eine wichtige Rolle als der Platz für die Marktteilnehmer zu, die sich bei einer transatlantischen, auf große Adressen ausgerichteten Megabörse, nicht aufgehoben fühlen.

Viertens ist unsere Eigenkapital- und Liquiditätssituation unverändert stabil. Damit das so bleibt, bitte ich Sie um Verständnis dafür, dass wir Ihnen, unseren Aktionären, für das vergangene Geschäftsjahr keine Dividende ausschütten. Wir haben im Vorstand und Aufsichtsrat lange darüber diskutiert, ob wir von dem – theoretisch – positiven Jahresergebnis vor Zuführung zum „Fonds für allgemeine Bankrisiken“ ausgehen sollen. Oder ob wir für die Entscheidung den nach der Zuführung entstandenen Jahresfehlbetrag heranziehen. Um unser Eigenkapital zu erhalten, haben wir uns für Letzteres entschieden.

Wir sind darüber keineswegs glücklich, weil wir wissen, dass die Dividendenrendite bei der Bewertung unserer Aktie als Nebenwert eine große Rolle spielt. Dennoch folgen wir unserem Prinzip der konservativen Haushaltsführung. Das hat vor allem damit zu tun, dass wir eine gesunde Eigenkapitalbasis brauchen, um in einer veränderten Börsenlandschaft wettbewerbsfähig zu bleiben. Darauf komme ich später noch zu sprechen, wenn es um das 1. Halbjahr 2011 geht.

Vorerst müssen wir damit leben, dass die künstliche Verringerung unseres Ergebnisses durch das Bilanzrechts-Modernisierungsgesetz auch für Sie, sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre, erhebliche Nachteile mit sich bringt.

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Ich halte dieses Gesetz an sich nicht für Unsinn. Ich frage mich nur, warum es nach dem Rasenmäherprinzip angewendet wird. Denn die deutschen Wertpapierhandelsbanken haben weder zur Finanzkrise beigetragen, noch haben sie jemals staatliche Unterstützung erhalten. Ein Unternehmen wie die mwb fairtrade, das über eine Eigenkapitalquote von 76 Prozent verfügt, für die Versäumnisse anderer Marktteilnehmer abzustrafen, ist geradezu absurd. Nur zum Vergleich: Die Eigenkapitalquote der Deutschen Bank beträgt 2,6%.

Am ärgerlichsten ist aber die Tatsache, dass es sich bei diesem Gesetz nur um die Speerspitze einer ganzen Armada von Verordnungen handelt, mit denen der Gesetzgeber für eine Scheinsicherheit an den Finanzmärkten sorgen will.

In Wirklichkeit geht es bei dieser Regulierungswut doch darum, die eigene Ratlosigkeit zu vertuschen.

Anstatt mit internationalen Finanzexperten ein Gesetzeswerk aus einem Guss zu entwickeln, steht erst einmal Aktionismus auf der Tagesordnung. Anstatt über die Sinnhaftigkeit von Entscheidungen nachzudenken, übernimmt man in Berlin ungeprüft EU-Gesetzesvorschläge. Einer davon ist die neue Transaktionssteuer, die nach dem Willen der EU-Kommission ab 2012 greifen soll. Geplant ist, Finanztransaktionen bei Aktien und Anleihen mit 0,1% des Umsatzes zu besteuern.

Dieses Vorhaben ist insofern unsinnig, als es nicht Erträge besteuert, was noch nachzuvollziehen wäre, sondern reine Vorgänge. Das ist so, als würde die Regierung jedesmal, wenn einer von uns am EC-Automaten Geld abhebt, eine Automatensteuer verlangen.

Doch damit nicht genug: Gerade innerhalb der letzten zwei Jahre gab es wieder eine ganze Reihe neuer Vorschriften und Gesetzesregelungen, die unser Geschäft betreffen. Lassen Sie mich davon nur zwei Beispiele herausheben: Zum 21. Juli 2010 wurde mit Paragraph 30 des Wertpapierhandelsgesetzes das Verbot des sogenannten Shortselling – also Leerverkäufen – für bestimmte Aktien beschlossen. Wer weiterhin Shortselling betreibt – demnach alle Skontroführer, weil das zu ihrem Geschäftsmodell gehört – der muss jedes Quartal eine neue Ausnahmegenehmigung beantragen. Sie haben richtig gehört: Nicht jährlich, sondern jedes Quartal aufs Neue und für jedes Wertpapier.

Ein zweites Beispiel: Der Paragraph 25 c des Kreditwesengesetzes wurde im März diesen Jahres dahingehend erweitert, dass jedes Finanzunternehmen umfangreiche Maßnahmen ergreifen muss, um strafbare Handlungen von Kunden und Mitarbeitern zu verhindern.

Die bisher bestehenden Gesetze sind dafür völlig ausreichend. Die Verschärfung bedeutet einen Mehraufwand für uns, der in keinem Verhältnis zur Unternehmensgröße steht. Wir müssen Personal und Zeit bereitstellen, was uns Effizienz und Geld kostet.

Hinzu kommen ständige Anpassungen und Verschärfungen der MaRisk und MaComp, also der Mindestanforderungen an das Risikomanagement und die Organisation der Compliance in Instituten, die Instututsvergütungsverordnung, die Verhaltens-, Transparenz- und Organisationspflichten nach den §§ 31 ff WpHG, und und und ...

An diesen Beispielen lässt sich erkennen, dass unser Geschäft schwieriger geworden ist. Der Spielraum wird enger und enger, noch forciert durch den Wettbewerb der Börsen untereinander.

Lassen Sie mich damit den Rückblick auf das Jahr 2010 beenden. Es war, wie bereits gesagt, kein schlechtes Jahr für die mwb fairtrade und für die Branche allgemein. Was uns letztendlich negative Zahlen beschert hat, waren Sondereffekte, die wir nicht beeinflussen konnten. Sieht man von diesen Effekten ab, dann ist uns der Beweis gelungen, dass wir auch in einem suboptimalen Börsenumfeld ein ausgeglichenes Ergebnis erzielen können. Es gibt also keinen Anlass, am Geschäftsmodell des Skontoführers zu zweifeln. Schon gar nicht, wenn er so stabil aufgestellt ist wie die mwb fairtrade.

Zu dieser Stabilität trägt auch unser breites Fundament bei. Neben dem Wertpapierhandel sind wir ja auch noch im Kapitalmarktgeschäft tätig. Und hier gab es 2010 eine interessante Weichenstellung. Wir haben unser Angebot erweitert und bieten kleineren Unternehmen mit sogenannten „Mittelstandsanleihen“ einen Zugang zum Kapitalmarkt.

Was bedeutet das genau?

Dafür muss man zunächst wissen, dass es für mittelständische Unternehmen immer schwieriger wird, an Kapital zu kommen. Die klassischen Geschäftsbanken sperren sich oft und ein Börsengang wäre viel zu aufwändig. Eine mögliche Alternative ist die Ausgabe von Anleihen, mit in der Regel fünfjähriger Laufzeit und festem Zinssatz.

Die mwb fairtrade berät damit Mittelständler bei der Entscheidung über die Aufnahme von Fremdkapital und legt gemeinsam mit ihnen die Konditionen der Anleihe fest. Wo und wann die Anleihe an die Börse gebracht wird, ist ebenfalls Teil der Beratung. Anschließend begleitet die mwb fairtrade die Emission. Dafür sind wir bestens aufgestellt: Wir sind Kapitalmarktpartner an der Mittelstandsbörse Deutschland, einem Handelssegment der Börsen Hamburg und Hannover. Zudem sind wir anerkannter Listing Partner der Deutschen Börse für den Entry Standard und außerdem Emissionsexperte für den m:access. In diesem Segment der Börse München sind wir übrigens selbst vertreten. Ein Grund mehr, warum wir der ideale Partner für den Mittelstand sind.



Da wir selber zum Mittelstand gehören, verstehen wir die Sorgen und Nöte dieser Unternehmer einfach besser als irgendeine große Investmentbank. Aus diesem Grund versprechen wir uns auch einiges von dem neuen Geschäftsfeld. Und hoffen, dass wir dem schwächelnden Kapitalmarktgeschäft dadurch neue Impulse geben können.

So haben wir für das Unternehmen BKN biostrom Anfang Juni eine Anleihe in Höhe von 25 Millionen Euro platziert. Die Emission erfolgte an der Mittelstandsbörse Deutschland, einem Handelssegment der Hamburger Wertpapierbörse. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass im 2. Halbjahr 2011 weitere Transaktionen dazukommen werden.

Ein weiteres Beispiel für die Verbreiterung unseres Fundaments. Seit Anfang 2011 sind wir Mitglied bei „greenmarket“. Dabei handelt es sich um eine offizielle Warenbörse, die aus einem Marktsegment der Bayerischen Börse hervorgegangen ist. Wie der Name schon ahnen lässt, geht es bei „greenmarket“ um ökologische Themen.

An dieser Spezialbörse werden hauptsächlich CO₂-Zertifikate gehandelt, und zwar nicht als Wertpapiere, sondern als Waren. Sie haben es vielleicht in der Presse verfolgt: Seit 2005 gibt es in der EU festgelegte Obergrenzen für den jährlichen Kohlenstoffdioxid-Ausstoß jedes Landes. Das wurde im sogenannten Kyoto-Protokoll vereinbart. Entsprechend der festgelegten Mengen werden den CO₂-produzierenden Unternehmen in jedem Land frei handelbare CO₂-Berechtigungen ausgegeben. Wer mehr Emissionen als erwartet ausstößt, muss mehr Zertifikate erwerben und dafür bezahlen. Der Gesetzgeber verspricht sich davon eine regulierende Wirkung und möchte diejenigen Marktteilnehmer belohnen, die sich umweltschonend verhalten. Bisher und man spricht von der sogenannten 2. Handelsphase ist es so, dass die Zertifikate von den einzelnen Staaten zugeteilt werden, zum Beispiel an Kraftwerke und große Industrieunternehmen. Ab 2013 beginnt die 3. Handelsphase. Dann wird es interessant. Dann werden keine Zertifikate mehr zugeteilt, sondern müssen entweder über staatliche Auktionen, an der Börse oder außerbörslich erworben werden. Bis zu Beginn dieser 3. Handelsphase werden immer mehr Branchen eingeschlossen, so im nächsten Jahr der Luftverkehr.

Wir versprechen uns von diesem zukunftsweisenden Marktsegment interessante Umsätze, aber auch ein positives Image. Um an dem Handel teilnehmen zu können, müssen wir allerdings unseren satzungsmäßigen Geschäftsgegenstand erweitern. Denn – wie schon gesagt – handelt es sich bei den Emissionsrechten nicht um Wertpapiere, sondern um Waren.

Es ist daher eine Änderung unserer Satzung notwendig, für die ich Sie, unsere Aktionäre, dann bei der Abstimmung unter Tagesordnungspunkt 6 um Ihre Zustimmung bitte.

Sie sehen, auch 2011 gibt es keinen Stillstand bei der mwb fairtrade. Wir setzen auf gesundes Wachstum in Nischenmärkten.

Sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre und Gäste der Hauptversammlung,

damit bin ich auch schon beim 1. Halbjahr 2011. Es war charakterisiert durch zwei sehr unterschiedliche Quartale. Während das 1. Quartal für eine Erholung der Märkte stand, regierten im 2. Quartal wieder Unsicherheit und Zweifel. Besonders im Mai und Juni gab

es aufgrund der Euro-Krise bei den Handelsumsätzen massive Einbrüche. Doch insgesamt betrachtet ist das Halbjahr für uns recht ordentlich gelaufen.

Wie gut wir gearbeitet haben, zeigt sich beim direkten Vergleich mit demselben Zeitraum des Vorjahres. Sowohl unser Provisionsergebnis als auch das Handelsergebnis lagen 10 Prozent über demjenigen des 1. Halbjahres 2010. Das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit erreichte mit 907.000 Euro fast das Doppelte des Vergleichszeitraums. Die mwb fairtrade AG bewegte sich also deutlich in der Gewinnzone.

Lediglich nach Zuführung zum „Sonderfonds für allgemeine Bankrisiken“ ergibt sich ein anderes Bild. Denn diese Zuführung musste im 1. Halbjahr 2010 noch nicht vorgenommen werden. Unser aktuelles Halbjahresergebnis verringerte sich durch die gebildete Zuführung um 52 Prozent auf 221.000 Euro. Das heißt, wir mussten 686.000 Euro in den Sonderfonds einstellen.

Das ist besonders ärgerlich, weil dadurch die Erfolge der mwb fairtrade geschmälert werden. Fakt bleibt, dass wir ohne den Sonderfonds ein weitaus besseres Ergebnis erzielt hätten als noch vor Jahresfrist. Die durchwachsenen Zahlen sind also nicht nur dem Umfeld geschuldet, sondern einer politischen Maßnahme, die den Zustand unserer ganzen Branche verzerrt wiedergibt. Bei einem oberflächlichen Blick auf die Zahlen sieht es nämlich so aus, als wäre unser 1. Halbjahr 2011 schlechter gelaufen als das im Vorjahr. Dem ist aber nicht so – dieser Eindruck täuscht. Das kann man nicht oft und deutlich genug betonen.

Umso mehr freut es uns, dass der Jahresüberschuss mit 238.000 Euro trotzdem im positiven Bereich liegt. 238.000 Euro erscheinen nicht besonders viel, sind aber angesichts der Rahmenbedingungen akzeptabel. Sie sind eher ein Signal dafür, dass wir gut genug aufgestellt sind, um solche Einbrüche wie im Mai und Juni auffangen zu können. Auch hier gilt, was ich Ihnen über das Jahr 2010 gesagt habe: Die mwb fairtrade ist in der Lage, auch bei einer durchwachsenen Börsensituation schwarze Zahlen zu schreiben.

Einen wesentlichen Beitrag dazu leistet unsere schlanke Kostenstruktur. Trotz besserer Umsätze im 1. Halbjahr 2011 und damit höherer Transaktionskosten sind unsere Verwaltungsaufwendungen nur um 3 Prozent gestiegen. An dieser Stellschraube haben wir kräftig gedreht. Dasselbe gilt für den Personalbereich. Der geringe Kostenanstieg von 3 Millionen Euro im 1. Halbjahr 2010 auf nunmehr 3,3 Millionen ist vor allem auf leistungsabhängige Lohnanteile zurückzuführen, die hauptsächlich im 1. Quartal anfielen. Es sind also Kosten, die nur dann entstehen, wenn auch gute Erträge erwirtschaftet werden. Abgesehen davon sind im 2. Halbjahr keine großen Kostensteigerungen zu erwarten. Mit 63 Mitarbeitern haben wir derzeit eine sinnvolle Größe erreicht. Wir sind groß genug, um deutschlandweit präsent zu sein. Und klein genug, um keinen riesigen Fixkostenblock mit uns herumzuschleppen.

Soweit die Kennzahlen zu den ersten sechs Monaten des Jahres 2011. Sie sprechen für Stabilität und gutes Wirtschaften. Besonders, wenn man sich die Eigenkapitalsituation zum 31. Juni 2011 ansieht: Über 18 Millionen Euro Eigenkapital sind für ein Unternehmen unserer Größenordnung ein Top-Wert. Aber wir sind unzufrieden mit unserem Aktienkurs. Der Kursverlauf seit Jahresanfang spiegelt die Ergebnisverbesserung überhaupt nicht

wider. Der Schlusskurs zum 30. Juni 2011 lag bei 1,67 Euro. Aus dieser Talsohle sind wir noch nicht wirklich herausgekommen. Heute morgen lag der Kurs der mwb-fairtrade-Aktie bei 1,55 Euro und damit weit unter unseren Erwartungen für dieses Jahr.

Dafür gibt es drei Gründe:

-- **Erstens** leiden alle Finanzdienstleister seit Jahren unter dem Misstrauen der Anleger. Wir werden hier einfach mit normalen Banken in einen Topf geworfen.

-- **Zweitens** sind die Privatanleger seit dem Ausbruch der Finanzkrise noch nicht wirklich an die Börse zurückgekehrt und investieren lieber in Gold und Sachwerte. Dass es sich bei Aktien auch um klassische Sachwerte handelt, wird dabei gar nicht mehr wahrgenommen.

-- Und **drittens** ist seit spätestens Juni klar, dass wir vor einer neuen, eventuell noch komplexeren Krise stehen als 2008 und 2009 – nämlich einer weltweiten Überschuldungskrise. Die Angst davor sitzt tief und die Vorgänge in den letzten Wochen in den USA zeigen, dass die Angst begründet ist.

Dass unsere Aktie unterbewertet ist, zeigt ein einfaches Rechenbeispiel: In Relation zum Eigenkapital würde der Wert pro Aktie bei 2,42 Euro liegen. Wenn man die liquiden Mittel, also unseren Cashbestand zum 30. Juni 2011 als Vergleichswert heranzieht, stünde der Kurs bei 1,46 Euro. Die Wahrheit läge rein mathematisch in der Mitte, also bei rund 2 Euro. Zu diesem Wert fehlen uns noch einige Prozent, die wir im Laufe des Jahres hoffentlich zulegen werden.

Für eine Erholung unserer Aktie spricht z.B. die gute Wettbewerbsposition der mwb fairtrade. Sie kommt insbesondere dann zum Tragen, wenn es regulatorische Veränderungen an den Börsen gibt. Hier können kleinere und weniger stabile Wettbewerber kaum mithalten. Ein Beispiel dafür sind die deutlichen Veränderungen am Börsenplatz Frankfurt im 2. Quartal 2011.

Am 23. Mai dieses Jahres gab es eine kleine technische Revolution an der Frankfurter Wertpapierbörse. Der Parketthandel wurde vom bisherigen System „Xontro“ auf die Plattform „Xetra 2“ migriert. Begründet wurde dieser Schritt mit einer besseren europäischen Vernetzung und mehr Effizienz im Handel. Die Dienstleistung der Skontroführer wird jetzt über das parallele System zur vollelektronischen Orderausführung Xetra abgewickelt. Im Zuge dessen gibt es die Bezeichnung Skontroführer nicht mehr.

Wir sind ab sofort „Spezialisten“. Der Begriff ist aus dem amerikanischen Börsenslang entlehnt, wo die Skontroführer schon immer „Specialists“ heißen.

Viel wichtiger sind aber die regulatorischen Details, die den Charakter unseres ganzen Geschäfts verändern. Und zwar ist es so, dass seit 23. Mai die Courtage durch eine performanceabhängige Transaktions-Fee ersetzt wurde. Das heißt, es gibt keine Provision mehr sondern eine Vergütung für das Erreichen quantitativer und qualitativer Vorgaben.

Dazu zählen die Geschwindigkeit der Orderausführung, die Breite des Spreads (also die Differenz zwischen Ankaufs- und Verkaufskurs) und die Dauer der Quotierung über den Tag hinweg.

Sie finden, das klingt kompliziert? – Nun, wir finden das auch. Und wir haben festgestellt, dass wir mit dieser neuen Systematik lernen müssen umzugehen. Das war im 2. Quartal 2011 für alle Frankfurter Skontroführer die größte Herausforderung.

Man kann über die Sinnhaftigkeit der Xetra 2-Umstellung lange diskutieren. Man kann sich auch darüber beklagen, dass diese Maßnahme letztlich dazu führen wird, den Wettbewerb unter den Skontroführern zu verschärfen. Das Börsenmanagement in Frankfurt ist in erster Linie daran interessiert, einige wenige große Spezialisten im Markt zu haben. Doch diese Diskussion ist müßig. Wir müssen uns der Realität stellen und uns anpassen.

Wenn uns dies schnell gelingt, sind die Voraussetzungen für die mwb fairtrade am Börsenplatz Frankfurt sehr gut. Die Skontren, die uns bisher zugeteilt wurden, können wir ohne Abstriche behalten. Es kommt zu keiner Neuverteilung, was für stabile Verhältnisse sorgt. Dazu haben wir eine Reihe von Werten als Ausgleich für die unglückliche VW-Zuteilung des Jahres 2009 erhalten.

Was uns ebenfalls zugute kommt, ist unsere gute Eigenkapitalausstattung. Denn in der neuen Handelssystematik müssen unsere Transaktionen mit deutlich mehr Eigenkapital unterlegt werden als bisher. Das können viele kleinere Unternehmen nicht leisten.

Eines kann ich Ihnen deshalb in diesem Zusammenhang versichern: Im Konsolidierungsprozess unserer Branche wird die mwb fairtrade weiterhin Mitgestalter sein und nicht Opfer. Wenn es in fünf bis zehn Jahren nur noch eine Handvoll Skontroführer in Deutschland geben wird, dann sind wir dabei. – Weil wir solide aufgestellt sind. Weil wir genug Kapital und das nötige Know how haben.

Bevor wir aber jetzt richtig in die Zukunft schauen, möchte ich zum Abschluss der Halbjahresbetrachtung ein paar Worte des Danks sagen. Sie gelten eigentlich für die ganzen letzten vier Jahre.

Zunächst einmal: Jedem einzelnen unserer Mitarbeiter gebührt unser besonderer Dank. Das möchte ich hier besonders herausstellen. Wir alle sind gebeutelt von zweieinhalb Jahren Finanzkrise und jetzt seit neuestem von einer Euro-Krise. Das macht unsere tägliche Arbeit nicht einfacher. Es erfordert Durchhaltewillen und echtes Interesse am Beruf, um so lange Durststrecken zu überstehen. Wir haben das gemeinsam geschafft und ernten hoffentlich bald die Früchte dieser Anstrengungen.

Dann bedanke ich mich natürlich bei meinen drei Vorstandskollegen und beim Aufsichtsrat der Gesellschaft. In Zeiten, in denen selbst Wirtschaftsprofessoren an ihre Grenzen stoßen, haben sie klare Kante gezeigt. Sie haben die langfristigen Ziele nie aus den Augen verloren. Auch ein Faktor, der in einer Aktiengesellschaft für Stabilität sorgt...

Und bei diesem Stichwort – Langfristigkeit – bin ich fast schon am Ende meines Vortrags.

Wie sieht die Zukunft des Unternehmens aus, an dem Sie Teilhaber sind? Wie sieht die Zukunft der Finanzmärkte überhaupt aus?

Darauf gebe ich Ihnen eine kurze und klare Antwort: Ich weiß es nicht. Genauso wenig wie es Frau Merkel, Herr Sarkozy und Herr Schäuble wissen. Die Situation ist extrem unübersichtlich und niemand weiß, wieviele Leichen noch im Keller liegen. Was passiert, wenn das neue Griechenland-Rettungspaket seine Wirkung verfehlt? Was geschieht, wenn mit Portugal, Spanien oder Italien noch ein weiteres EU-Land unter den finanziellen Schutzschirm muss? Wie entwickeln sich das 830-Milliarden-Haushaltsdefizit und die astronomische Staatsverschuldung der USA weiter?

Man müsste schon übersinnliche Fähigkeiten haben, um das alles vorherzusehen.

Bleiben wir also bescheiden. Alles, was ich Ihnen zur Zeit geben kann, sind Indikationen. Im Juli, in den Wochen vor dieser Hauptversammlung, hatte sich das Börsengeschehen wieder etwas normalisiert. Unsere Umsätze waren zumindest besser als im Juni. Vom August, dem klassischen Ferienmonat, erwarten wir nicht viel und er hat, wegen den USA sehr unruhig begonnen. Der September könnte uns dann wieder ein ausgeglichenes Ergebnis bringen. Das heißt, unsere Hoffnung für 2011 liegt auf dem letzten Quartal.

Viele Unternehmen geben dann eine Prognose für ihre 2011er Geschäftsergebnisse ab. Wir erwarten abermals eine gute Berichtssaison. Das dürfte der Aktie als Wertanlage wieder mehr Aufmerksamkeit beschern – und führt vielleicht sogar zu einer kleinen Jahresend-Rallye.

Voraussetzung dafür ist aber eine Beruhigung der Euro- und Schuldenkrise. Die Konjunktur kann noch so gut laufen – solange an den Finanzmärkten Angst herrscht und es den großen Playern möglich ist, gegen Währungen und Länder zu wetten, wird sich das an den Börsen niederschlagen.

Unser Ziel für 2011 ist deshalb bodenständig: Wir hoffen auf ein leicht positives Ergebnis, ähnlich wie es uns im 1. Halbjahr gelungen ist.

Ich hoffe, sehr geehrte Aktionärinnen und Aktionäre, das Sie uns weiterhin Ihr Vertrauen schenken. Die Bäume wachsen derzeit nicht in den Himmel, das wissen wir. Wir können nur an Sie appellieren, dass Sie langfristig denken. So wie wir es tun. Und ich hoffe außerdem, dass ich Ihnen heute verständlich machen konnte, dass es keinen Grund gibt, sich um die mwb fairtrade Sorgen zu machen. Wir sind in einem zyklischen Geschäft, mit vielen Auf's und Abs. Und ich persönlich finde, dass wir uns in diesen Krisenzeiten gar nicht so schlecht schlagen. Es wäre schön, wenn Sie das genauso sehen würden...

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.